

Ron Müller

Entwicklungszusammenarbeit und der zukünftige Kollaps der Sozialversicherung - eine Verknüpfung?

Zusammenfassung:

Die Finanzierung der deutschen Sozialversicherung in den kommenden Jahrzehnten stellt eine Herausforderung dar, deren Ausmaß und Wirkung sich heute nicht detailliert beschreiben lässt, ebenso wie die Begrenzung zukünftiger Zuwanderung in möglicherweise größerem Ausmaß. Da belastbare und dauerhafte Lösungen auf Ebene der Europäischen Union in beiden Fragen nicht zu erwarten sind, bleiben nur nationale Vorstöße. Warum sollte dann nicht ein solcher verfolgt werden, der beide Herausforderungen zu einer Maßnahme verbindet, die die Probleme, die beide Aspekte aufwerfen, zwar nicht restlos beheben, aber bei diesen Fragen einen Weg für die Zukunft beschreiben kann?

Schlüsselwörter:

Sozialversicherung, Zuwanderung, Entwicklungszusammenarbeit

Die deutsche Sozialversicherung erstreckt sich auf die fünf Zweige gesetzliche Renten-, Kranken- und Unfallversicherung, die Bundesagentur für Arbeit und die soziale Pflegeversicherung und hat damit eine erhebliche einzel- und gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Die Finanzierung erfolgt im Umlageverfahren, ohne vorherige Vermögensansammlung (vgl. Schmähl, 2005, S. 566). Diese Form der Sozialversicherung ist grundsätzlich ein Erfolgsmodell, aber auch in die Jahre geraten, weil sie auf Lebens- und Beschäftigungsformen fußt, die in der Zeit des „Wirtschaftswunders“ vorherrschten, in der eine stetige abhängige Vollzeitbeschäftigung von Familienvätern zu Löhnen üblich war, die für die Versorgung einer Familie ausreichten (vgl. Seils, 2009, S. 350). Heute, mehr als ein halbes Jahrhundert später, gerät sie zunehmend unter Druck. Die deutsche Demografie ist inzwischen eine Herausforderung, die bis 2050 stark ansteigende Belastung der Sozialversicherung wurde vielfach beschrieben (vgl. beispielsweise Breyer, 2016, S. 445 ff.) und zeichnet in der Regel ein Bild, bei dem Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Rentenversicherung an ihre Grenzen stoßen. Die Herausforderungen werden derart gewaltig, dass klassische Maßnahmen des Gegensteuerns nicht ausreichend Wirkung entfalten werden. Das deutsche System ist auf einen so massiven demografischen Wandel nicht vorbereitet und mit voranschreitender Zeit sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die Sozialversicherung mit allein nationalen Möglichkeiten in die Zukunft fortgeschrieben werden kann. Es wird ein Zeitpunkt kommen, ab dem die steuerliche Gegenfinanzierung nicht mehr ausreicht, um spürbare Einschnitte im Leistungskatalog der GKV zu verhindern. Derzeit liegt das Problem nicht in dieser extremen Ausprägung vor, aber wenn bis 2050 eine ungefähre Verdopplung der Krankenversicherungsbeitragsätze Realität wird (vgl. Sauerland & Wübker, 2010, S. 1) und auch in der Pflege- und Rentenversicherung bis dahin erhebliche Steigerungsraten anstehen, dann ist nicht die Frage, ob erhebliche Leistungseinbußen kommen werden, so auch Schmähl (vgl. 2014, S. 383) für die gesetzliche Rentenversicherung, sondern wann.

Bei aller Bemühung um Lösungen wird sich die Situation erst entschärfen, wenn der Altersschnitt in der Sozialversicherung sinkt und den LeistungsempfängerInnen wieder eine entsprechend große Gruppe an BeitragszahlerInnen gegenübersteht. Dies ist ein Vorhaben, das, wenn es langfristig gelingen soll, einer grundlegenden Veränderung betraf, die in Deutschland entstehen und wachsen muss.

Eine Möglichkeit, um eine solche Verjüngung der Versicherten flankierend zu begleiten, wäre eine offensive und energisch umgesetzte Einwanderungspolitik, die eine unabdingbare Forderung darstellt, bei der der Gesetzgeber bislang allerdings eher zögerlich in Erscheinung tritt. Dieses Mittel allein kann und soll die demografische Alterung nicht stoppen (vgl. Höhn, 2017, S. 68), sie kann aber zeitlich begrenzte Entlastung verschaffen. Und diese wird dringend benötigt, denn um das Problem als Ganzes zu beheben, bedarf es Maßnahmen im Rahmen einer geburtenfördernden Familienpolitik, die für das heutige Problem bereits in den 1970er Jahren hätte beginnen müssen (vgl. Höhn, 2017, S. 59).

Der Gedanke, das Ausland bei der Lösung dieses innerdeutschen Problems mit einzubeziehen, ist trotz diverser Vorbehalte (vgl. u. a. Luft, 2017, S. 253) zielführend. Jedoch kann ein drohender harter Einschnitt, bei dem Zeit eines der größten Probleme darstellen wird, nicht mit weichen Maßnahmen abgewendet werden. Die Maßnahmen müssen (mangels anderer Optionen, die sich aus zeitlichen Gründen bereits ausschließen) inzwischen so außergewöhnlich sein, wie die Herausforderung.

1. Die Idee

Der Grundgedanke ist die Verknüpfung eines Teils der Sozialpolitik mit Aspekten der Arbeitsmarktpolitik und der Entwicklungspolitik. Die Besonderheit ist hierbei, dass sich der Fokus der Entwicklungszusammenarbeit im Schwerpunkt auf nur noch *eine* Partnernation richtet (bspw. aus dem afrikanischen Raum, welcher in diesem Beitrag regelmäßig angesprochen wird). Die Streuung der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands soll damit deutlich reduziert und die Wirkung aufgrund der Konzentration innerhalb der angedachten Partnernation erhöht werden, z. B. durch einen Etat für dieses Vorhaben i. H. v. jährlich 2 bis 2,5 Mrd. Euro, was angesichts der Sollansätze des Haushalts 2019 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (vgl. BMZ, o. J.) ehrgeizig, aber nicht unmöglich wäre. Der Ansatz ist hierbei, aus der Entwicklungszusammenarbeit einerseits und dem hohen Fachkräftebedarf Deutschlands auf der anderen Seite eine Kooperation zu gestalten, die auf einem Geben und Nehmen basiert, deren Ziel es jedoch zwingend sein muss, keinen der beiden Staaten (vor allem die Partnernation) zu benachteiligen, also:

- keine unangemessene Steigerung des Exports aus Deutschland in dieses Land,
- kein Abwerben von Arbeitskräften, die im Partnerland benötigt werden, aber auch die Begrenzung bereits etablierter Abwanderungen aufgrund von drastischen Lohngefällen (vgl. Gebauer am Beispiel von Krankenschwestern in Südafrika, 2006, S. 48) oder durch andere Ursachen,
- das unbedingte Anstreben existenzsichernder Löhne, sobald in der Partnernation Wertschöpfung erfolgt, die sich auf die Wirtschaft Deutschlands auswirkt (bspw. durch Rohstoffabbau oder Produktion) und
- es muss zwingend der Eindruck vermieden werden, dass der Partnernation Aspekte der Strategien der Entwicklungszusammenarbeit aufgezwungen werden (vgl. Hannes, 2016, S. 421).

Vielmehr ist der Ansatz als Fortschreibung/Ausweitung der koordinierten Arbeitsmigration zu verstehen, die auf dem afrikanischen Kontinent angestrebt wird und soll angesichts der bis 2050 dort erforderlichen 110 Mio. neuen Jobs (vgl. Hannes, 2016, 419) als Puffer wirken. Die Voraussetzung

hierfür wäre der Wille dieser Partnernation, eine solche Kooperation in vollem Umfang mit zu tragen.¹ Die Entwicklungszusammenarbeit würde sich bei dem Vorhaben nicht nur auf den angesprochenen Finanzposten reduzieren, sondern die Bundesregierung könnte, die in Deutschland vorhandenen Kompetenzen deutlich konsequenter einsetzen, um in diesem Land eine Basis für Wachstum und Armutsbekämpfung zu schaffen. Beispielsweise durch:

- Steigerung des Zugangs zu Energie,
- Unterstützung beim Ausbau von Infrastruktur sowie Umweltschutz,
- Schaffung eines Rahmens, damit Bildung und Berufsausbildung im Land gesteigert werden können,
- gezielte Wirtschaftsimpulse,
- Unterstützung beim Aufbau/Ausbau einer gesetzlichen Krankenversicherung,
- Optimierung des Verwaltungsapparates,
- Unterstützung bei der Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Nutzflächen (vgl. Velimsky, 2018, S. 173 ff.),
- Steigerung der Lebenserwartung durch Unterstützung/Impulse bei der medizinischen Versorgung.

Würde diese Partnerschaft auf hohem Niveau langfristig angelegt, wären noch ganz andere Verzweigungen der Zusammenarbeit möglich, die eine spürbare Annäherung bedeuten könnten, z. B.:

- gezielte Projekte an deutschen Universitäten/Fachhochschulen könnten (in Kooperationen mit Hochschulen vor Ort) Lösungen zu den brennenden Fragen der Partnernationen erarbeiten,
- Wirtschaftsdelegationen aus Deutschland, die (gefördert durch das BMZ) das Ziel haben, Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen und in die Wertschöpfungskette deutscher Unternehmen einzubinden,
- Projekte, um die Partnernation vermehrt nicht mehr auf die Rolle des Rohstofflieferanten zu begrenzen, sondern die damit mögliche Wertschöpfung im Land fortzuschreiben (ein Beispiel ist Botswana, hier hat der weltweit größte Diamantenkonzern die Folgeprozesse von London nach Gaborone verlagert; vgl. Seitz, 2014, S. 232),
- Unterstützung bei der Steigerung der politischen Teilhabe und bürgerlichen Freiheit (vgl. Velimsky, 2018, S. 173 ff.).

Gleichwohl könnte es auch zu einer Harmonisierung zwischen beiden Nationen kommen, bspw. durch:

- Regelungen zur Anerkennung von Abschlüssen,

¹ Es soll nicht verschwiegen werden, dass die wünschenswerteste Situation für die Partnernation wäre, dass sich die hier geschilderte Möglichkeit gar nicht auftäte, weil in den sogenannten Entwicklungsländern kein Migrationsdruck vorliegt und es ausreichend Zukunftschancen in der Heimat gibt (vgl. Seitz, 2014, S. 232). Die Flüchtlingszahlen zeigen hier aber aktuell und in den kommenden Jahrzehnten ein anderes Bild.

- Schaffung von Möglichkeiten für Rücküberweisungen mit geringen Transaktionskosten.

Es könnte auf diese Weise über ein Jahrzehnt hinweg im ersten Schritt eine Struktur der Zusammenarbeit und Vertrauen geschaffen werden, damit die Absichten Deutschlands deutlich und nicht missverstanden werden. In dieser Zeit könnte die deutsche Sprache² vor Ort gefördert und die Möglichkeit eines koordinierten Wechsels von Fachkräften nach Deutschland geschaffen werden. Dies muss/sollte angesichts zum Teil sehr hoher Arbeitslosenquoten (vgl. Trading Economics, 2019), aber auch regelmäßig sehr niedriger Pro-Kopf-Einkommen (vgl. Trading Economics, 2018) keinen Nachteil für die Volkswirtschaft der Partnernation bedeuten. Deutschland könnte so einerseits unterstützen/entlasten (bspw. durch die Rücküberweisungen der im Bundesgebiet Tätigen in das Herkunftsland) und andererseits den Fokus auf die Berufszweige richten, für die zukünftige MitarbeiterInnen aus der Partnernation gewonnen bzw. schon dort ausgebildet werden sollen. Auf diese Weise wäre beispielsweise auch bei zeitlich befristeten Tätigkeiten in Deutschland ein Wissenstransfer in Richtung Partnernation möglich. In der Summe sollte sich nach den erheblichen Anfangsinvestitionen ein positiver Effekt für die deutsche Wirtschaft abzeichnen, der gleichzeitig zur Entlastung der Sozialversicherung beiträgt. Womöglich geschieht dies erst nach 20 bis 25 Jahren, aber wenn sich der Erfolg erst einmal einstellt, dann ist dies ein langfristiges Mittel zur Kompensation des Bevölkerungswachstums im Partnerland und zeigt der dortigen extrem jungen Bevölkerung (vgl. BIB, o. J.) Perspektiven auf, die dazu beitragen, die bundesdeutschen Probleme in der Wirkung abzumildern. Gleichwohl muss aber hingenommen werden, dass diese Zuwanderung nicht der Alterung der Bevölkerung Deutschlands spürbar entgegenwirken kann. Hierfür wäre ein erheblicher Wanderungssaldo und damit ein unrealistisch hoher Bevölkerungsanstieg erforderlich. (vgl. Haug, 2017, S. 268 f.)

Von zentraler Bedeutung ist bei dem Vorhaben ein Austausch der beiden Nationen auf Augenhöhe. So sollten die Ausbildungsprogramme in der Entwicklungszusammenarbeit zunächst auf die Erfordernisse der lokalen Arbeitsmärkte der Partnernationen ausgerichtet werden (vgl. Spaeth, 2018, S. 10). Im Idealfall betreffen sie Berufe, die auch in Deutschland nachgefragt werden. Sollte dies ab einem gewissen Punkt nicht mehr gegeben sein, sollte die Ausbildung im Partnerland Vorrang bekommen und die Ausbildung für den deutschen Markt nachrangig verfolgt werden. Dreh- und Angelpunkt des Vorhabens, der noch einmal betont werden sollte, ist der einer Partnerschaft zweier ebenbürtiger Nationen. Niemandem wäre geholfen, wenn eine falsch verstandene Helfermentalität oder der Gedanke eines kolonialen Anstrichs aufkämen, daher von Beginn an die Maxime: Die Entwicklungszusammenarbeit auf möglichst vielen Ebenen, aber nicht um deren Selbstzweck, sondern mit der von Anfang an offen formulierten Möglichkeit, Menschen in Deutschland eine Perspektive zu

² Ein ausgewogenes Miteinander bedeutet gleichwohl aber auch die Möglichkeit an deutschen Schulen eine Sprache der Partnernation erlernen zu können.

geben – doch letzteres an keiner Stelle zu Lasten der Entwicklung der Partnernation. Das Ziel sollte es sein, das Migrationspotential im Herkunftsland, also die Zahl der Abwanderungswilligen (vgl. Schmid, 2017, S. 282) durch die Kooperation dauerhaft zu begrenzen oder, um es anhand der klassischen Migrationstheorie von Everett Lee auszudrücken, die „Push“-Faktoren, in Form der im Herkunftsland bestehenden Migrationsbeweggründe zu reduzieren. (vgl. Schmid, 2017, S. 282.)

2. „Allianz der Willigen“

Der hier vorgestellte Ansatz würde den räumlichen Verantwortungsbereich für die Entwicklungszusammenarbeit einer Industrienation erheblich verringern aber zeitgleich auf eine deutlich höhere Wirkung im Partnerland abzielen. Wenn dies kein Einzelfall für ein solches Projekt bliebe und sich eine „Allianz der Willigen“ (vgl. Der Tagesspiegel, 2019; die Parallele des Begriffs, unter dem 2019 in Europa nach Nationen gesucht wurde, die die Bereitschaft zeigten, Geflüchtete aufzunehmen, ist hier durchaus gewollt, da der Gedanke ein Ähnlicher ist) finden ließe, dann hätte die Idee erhebliches Potential. Sobald es weitere Industrienationen gäbe, die Kooperationen dieser Art mit sog. Entwicklungsländern eingingen, könnten sich durch eine solche bilaterale Vernetzung Volkswirtschaften ebendieser langfristig weiterentwickelt und zeitgleich den Problemlagen von Industrienationen begegnet werden.

Zudem würde sich für andere Länder ein Anreiz bilden, die Voraussetzungen für eine derartige Kooperation (in gewisser Hinsicht ähnlich den EU-Beitrittsbestrebungen; vgl. Europäisches Parlament - Verbindungsbüro in Deutschland, o. J.), wie ein demokratisches System, Bestrebungen zur Einhaltung von Menschenrechten, eine stabile Sicherheitslage oder begrenzte Korruption, zu erfüllen. Dies könnte langfristig sogar einen Veränderungsprozess auf dem Kontinent von Partnernationen hervorrufen.

Das Ziel des vorgestellten Ansatzes ist es, dass vereinfacht formuliert nicht allein die „Push“- und „Pull“-Faktoren (vgl. Schmid, 2017, S. 282.) auf den dann enger verbundenen Märkten der beiden kooperierenden Nationen Bewegungen von Arbeitskräften beeinflussen, sondern staatliche Eingriffe dies zudem auf ein Niveau begrenzen, welches für die Entwicklung der Partnernationen förderlich ist. Wenn sich mit diesem Bestreben viele Nationen zu einer solchen Zusammenarbeit entschließen, dann soll dies nicht in *einer* großen Kooperation münden, sondern in zahlreichen Partnerschaften von jeweils zwei Ländern. Die Einheit von *einer* Partnernation mit einem Bedarf an Entwicklungszusammenarbeit und *einer* wirtschaftlich potenten Industrienation sollte jeweils gewahrt bleiben, denn das Zusammenspiel dieser beiden Länder sollte sich auf verschiedenen Ebenen langfristig verzahnen, damit z. B. der beschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt der Industrienation (so Baraulina, Borchers & Schmid für Afrika; vgl. 2008, S. 28) kontinuierlich abgebaut werden kann. Dies ist in der geplanten Form nicht möglich und deutlich schwerer (wenn überhaupt) kontrollierbar, wenn eine größere Zahl an Nationen *eine* gemeinsame Kooperation eingingen.

3. Veränderung der Anreize

Mit den beschriebenen Kooperationen würden nach wie vor Geflüchtete den Weg nach Europa auf sich nehmen, denn Krieg als Auslöser und andere Gründe wird es weiterhin geben, auf die der Ansatz keine direkte Antwort gibt. Gleichwohl sollten indirekte Effekte und eine noch deutlich ausbaufähige Verantwortung betont werden, denn die Produktionsweisen von Industrienationen zu Lasten von sog. Entwicklungsländern, die Zerstörung/Begrenzung lokaler Märkte (vgl. medico international, 2019) durch Produktionsketten wohlhabender Nationen, bei denen das Preisbewusstsein der EndabnehmerInnen verantwortlich für prekäre Situationen in Nationen mit sehr niedrigen Löhnen ist, bilden auch Ursachen für gewaltsame Konflikte und andere Fluchtgründe (vgl. medico international, 2019). Dem würde das hier beschriebene Vorhaben entgegenwirken, indem Fluchtursachen wegfallen/reduziert werden und Anreize zum Bleiben entstehen. Sobald mehrere der angedachten Kooperationen entstünden, könnte sich für verschiedene Flüchtlingsgruppen unter Umständen eine neue Möglichkeit ergeben, da es dann auch einen Anreiz gäbe, sich in Partnernationen von anderen Industrieländern auf dem eigenen Kontinent niederzulassen. Dann wäre der Kreis zur koordinierten Arbeitsmigration auf dem afrikanischen Kontinent (vgl. Hannes, 2016, 419) geschlossen. Dies wäre wiederum eine nicht zu unterschätzende zwischenstaatliche Herausforderung, allerdings eine positive. Denn wenn irgendwann, egal auf welchem Weg, in Afrika (um bei dem Beispiel zu bleiben) ein vergleichbarer wirtschaftlicher Entwicklungsprozess angestoßen würde, dann wäre es ohnehin unwahrscheinlich, dass sich dieser Fortschritt gleichmäßig über den Kontinent verteilt. Eine Verbesserung der Situation wird zwangsläufig zu einem neuen Gefälle der dortigen Entwicklung und Konkurrenz unter den Nationen führen und damit Geflüchtete anders als bisher anziehen. Dieses Problem wäre aber keines, welches durch den hier vorgebrachten Ansatz bewirkt würde, sondern eines, welches ohnehin entstehen und bewältigt werden müsste. Daher soll es auch nicht Teil dieses Beitrags sein, sondern lediglich erwähnt werden.

4. Fazit

Wird das hier Geschilderte um den Klimawandel und dessen Folgen ergänzt, dann verstärkt sich die moralische Forderung, dass die Nationen, die ebendiesen zu großen Teilen zu verantworten haben³, für den Schaden einen Ausgleich schaffen sollten. Dieser kann vom Ansatz her nicht in punktuell, weltweit verteilten Programmen liegen. Wenn Verantwortung ernst genommen wird, dann kann sie nicht nur eine Reaktion auf verschiedenartigste Ereignisse darstellen. Sie muss (alles andere greift zu

³ Verantwortung soll hier durchaus im semantischen Verständnis aufgefasst werden: „(Mit einer bestimmten Aufgabe, einer bestimmten Stellung verbundene) Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass (innerhalb eines bestimmten Rahmens) alles einen möglichst guten Verlauf nimmt, das jeweils Notwendige und Richtige getan wird und möglichst kein Schaden entsteht“ (Duden, o. J.).

kurz) die zu Schaden gekommenen Nationen in eine Situation bringen, die sie dauerhaft die Benachteiligung überwinden lässt. Dies müsste von der Sache her im Schulterchluss der Verursacher erfolgen, was eine illusorische Vorstellung ist. Was auf der nächstniedrigen Ebene aber bleibt, ist die nationale Verantwortung, die sich durchaus zusammenfassen und steuern lässt. Und, damit diese sich nicht in Einzelmaßnahmen verliert, die in den verschiedenen Zielnationen (anhand des Bruttoinlandsprodukts oder des Migrationspotentials) kaum feststellbar sind, bleibt nur die räumliche Reduktion der Maßnahmen eines Verursachers, denn nur, wenn Effekte endlich für Akteure langfristig und in der Breite spür- und messbar werden, zeigt sich auch Wirkung. Dieser belegbaren Wirkung von Entwicklungszusammenarbeit sollte Deutschland zwingend mit Blick auf die Behebung von Migrationsursachen nachgehen. Sobald hier eine Kooperation mit einer Partnernation in Aussicht stünde, würden sich auch offen zu kommunizierende Vorteile für das anfangs beschriebene Sozialversicherungssystem Deutschlands ergeben, die für den anstehenden Veränderungsprozess der kommenden Jahrzehnte unabdingbar wären. Zeitgleich bestünde die Möglichkeit, eine der Ursachen für die Ungerechtigkeit eines grundsätzlich wohlhabenden Nordens und den verarmten Bereichen, die auf dem Globus meist südlich zu finden sind, anzugehen (vgl. GEW, 2018, S. 4).

Literaturverzeichnis:

Baraulina, T., Borchers, K., & Schmid, S. (2008). Afrikanische Einwanderung nach Deutschland - Abwanderung von Intelligenz, Entwertung von Qualifikationen, Folgen für die Herkunftsländer? Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid, Migration und ethnische Minderheiten, o. Jg., H. 2, S. 11-37.

BIB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (o. J.). Vergleich der Kontinente - Anteil junger Menschen unter 20 Jahren an der Bevölkerung, 1950 bis 2015. <https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/W49-Bevoelkerung-Alter-unter-20-Kontinente-ab-1950.html> (26.09.2019).

BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (o. J.). Zahlen und Fakten. Haushalt. http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/haushalt/index.html (25.09.2019).

Breyer, F. (2016). Die Zukunft der Pflegeversicherung in Deutschland: Umlage und Kapitaldeckung. Zeitschrift für die gesamte Versicherungswirtschaft, Jg. 105, H. 5, S. 445-461.

Der Tagesspiegel (2019). Knapp 700 Tote dieses Jahr. Es gibt nur eine Möglichkeit, um mehr Flüchtlinge auf dem Mittelmeer zu retten. <https://www.tagesspiegel.de/politik/knapp-700-tote-dieses-jahr-es-gibt-nur-eine-moeglichkeit-um-mehr-fluechtlinge-auf-dem-mittelmeer-zu-retten/24594782.html> (25.09.2019).

Duden (o. J.). Verantwortung, die. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Verantwortung> (26.09.2019).

Europäisches Parlament - Verbindungsbüro in Deutschland (o. J.). Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer. <http://www.europarl.europa.eu/germany/de/europa-und-europawahlen/beitrittslaender> (25.09.2019).

Gebauer, Th. (2006). Alte und neue Fluchtursachen?. In: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. (Hrsg.). Der Schlepper. Quartalsmagazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein. Integration neu denken. Kiel, o. V.

GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2018). Warum Menschen fliehen. Ursachen von Flucht und Migration – Ein Thema für Bildung und Gesellschaft. https://www.medico.de/fileadmin/user_upload/media/Warum_Menschen_flieden.pdf (26.09.2019).

Hannes, R. (2016). Wege zu einer koordinierten afrikanischen Migrationspolitik: Die Rolle afrikanischer Regionalorganisationen. Bericht Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016. Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Jg. 9, H. 3, S. 417-422.

- Haug, S. (2017). Die demografische Trägheit und ihre Politikresistenz. In: Mayer, T. (Hrsg.). Die transformative Macht der Demografie. Wiesbaden, Springer VS, S. 257-277.
- Höhn, C. (2017). Die demografische Trägheit und ihre Politikresistenz. In: Mayer, T. (Hrsg.). Die transformative Macht der Demografie. Wiesbaden, Springer VS, S. 59-71.
- Luft, St. (2017). Migration und Bevölkerung. In: Mayer, T. (Hrsg.). Die transformative Macht der Demografie. Wiesbaden, Springer VS, S. 245-255.
- medico international (2019). Fluchtursachen. Warum Menschen fliehen. <https://www.medico.de/warum-menschen-fliehen-16487/> (26.09.2019).
- Sauerland, D. & Wübker, A. (2010). Die Entwicklung der Ausgaben in der Gesetzlichen Krankenversicherung bis 2050 – bleibende Herausforderung für die deutsche Gesundheitspolitik, Discussion Papers, No. 4/2010, Witten, Universität Witten/Herdecke, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft.
- Schmähl, W. (2005). Deutschlands Sozialversicherung in der Kritik. Wirtschaftsdienst, Jg. 85, H. 9, S. 566-574.
- Schmähl, W. (2014). 125 Jahre „Gesetzliche Rentenversicherung“: Aufstieg und Niedergang. Wirtschaftsdienst, Jg. 94, H. 6, S. 382-383.
- Schmid, S. (2017). Migration und Bevölkerung. In: Mayer, T. (Hrsg.): Die transformative Macht der Demografie. Wiesbaden, Springer VS, S. 279-294.
- Seils, E. (2009). Die Sozialversicherung im internationalen Vergleich. WSI-Mitteilungen. Jg. 62, H. 7, S. 347-354.
- Seitz, V. (2014). Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann. München, dtv.
- Spaeth, A. (2018). Migration und Flucht aus Afrika südlich der Sahara. Standort. Jg. 42, H. 1, S. 10-19.
- Trading Economics (2018). BIP PRO KOPF - LISTE DER LÄNDER - AFRIKA. <https://de.tradingeconomics.com/country-list/gdp-per-capita?continent=africa> (25.09.2019).
- Trading Economics (2019). ARBEITSLOSENQUOTE - LISTE DER LÄNDER – AFRIKA. <https://de.tradingeconomics.com/country-list/unemployment-rate?continent=africa> (25.09.2019).
- Velimsky, J., A. (2018). Migrationsursachen in Afrika. Eine Analyse von Push-Faktoren im Zeitraum von 2000 bis 2015. Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 28, H. 2, S. 173–202.